



Foto: dpa/Arno Burgi

Foto: Lucie Jansch

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 24. April 2015

70. Jahrgang/Nr. 95

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT Flüchtlingsfalle

Uwe Kalbe über den EU-Gipfel

Ein Gipfel der Hilflosigkeit war es, der da am Donnerstag in Brüssel zustande kam. Auf das Massensterben im Mittelmeer haben die EU-Regierungschefs keine Antwort, die auch nur die leiseste Hoffnung auf Linderung zuließe. Hoffnung auf die Linderung der Not, die die Flüchtlinge über das Meer treibt, auf die Linderung der Bedingungen, unter denen sie an nordafrikanischen Küsten vegetieren, oder auf Milderung der Abwehrmechanismen, die die EU eingerichtet hat, um sich ihren internationalen und menschenrechtlichen Verpflichtungen zu entziehen. Das einzig Lebensrettende im vorliegenden Zehnpunkteplan ist eine verbesserte Seenothilfe. Zu wenig.

Das wiederum offenbart einen Gipfel der Infamie. Schleuser und Schlepper, »widerliche Verbrecher«, wie sie der Bundesinnenminister gern nennt, sollen bekämpft werden. Doch eigentlich geht es um die Bekämpfung der Flucht als solcher, zum Schluss der Flüchtlinge selbst. Ihre Fingerabdrücke zu nehmen, ist allen Ernstes Teil des Plans gegen das Ertrinken. Zehn Punkte zwischen unterlassener Hilfeleistung und Kriminalisierung aller Beteiligten. Der Plan, Fluchtboote zu zerstören, bevor sich Menschen darin befinden, ist eine Art der Problemlösung, die den Verdurstenden »rettet«, indem ihm die Hände gebunden werden, damit er kein salziges Wasser trinkt. Die EU-Staaten gehen nach altem Muster vor: Die Reise für die Flüchtlinge soll an der Küste Nordafrikas enden. Eine Falle. Doch die EU verfährt sich selbst immer tiefer. Im Dilemma zwischen verkündeten Ansprüchen und real fehlender Fähigkeit zu nachhaltiger Hilfe.

UNTEN LINKS

Nichts auf der Welt bleibt noch geheim, leider nicht einmal die Memoiren von Thomas Gottschalk, und alles wird kopiert. Beispielsweise haben die USA eine iranische Atomanlage nachgebaut, um zu prüfen, wie das Ding funktioniert und ob die Iraner ihnen bei den endlosen Atomverhandlungen die Taschen vollhauen. Da bekanntlich jeder jeden ausspioniert, werden die Chinesen längst die amerikanische Kopie kopiert haben, nur viel größer (wie sie es vorher auch schon mit der Mauer getan haben), damit sie besser sehen können, was die Amis so tessen. Die chinesischen Bauunterlagen wurden wiederum dem BND zugespielt, der Experten beauftragte, das Ganze nachzustellen. Leider kann dort niemand richtig gut Chinesisch; das traurige Ergebnis ist in Berlin-Schönefeld zu besichtigen, wo nun versucht wird, aus der missratenen Reaktorkopie wenigstens noch einen Flughafen zu machen. Jetzt versteht man etwas besser, warum diese Atomverhandlungen so verdammt kompliziert sind. wh

ISSN 0323-3375



Es war Völkermord

Gedenktag für die armenischen Opfer der Massaker in der Türkei vor 100 Jahren



Der deutsche Kaiser Wilhelm II. 1917 zu Gast beim Kriegsverbündeten in Konstantinopel

Foto: akg-images

Berlin. Eigentlich haben es die Deutschen damals ja sogar als erste im Ausland gewusst: Es waren die aufgeregten Depeschen des deutschen Botschafters bei der Hohen Pforte, Hans von Wangenheim, die den deutschen Kaiser Wilhelm II. wissen ließen, dass seine Weltkriegs-Bundesgenossen aus Konstantinopel gerade Abscheuliches verübten. Das lasse sich nicht mehr durch militärische Rücksichten rechtfertigen, teilte der wohlinformierte deutsche Vertreter vor Ort mit. Es handle sich hier darum, »die Armenier zu vernichten«. Man hatte das in Berlin durchaus verstanden. Von Wangenheim hatte berichtet: Es werde »übrigens

unumwunden zugegeben, dass das Endziel ihres Vorgehens gegen die Armenier die gänzliche Ausrottung derselben in der Türkei ist«.

Die deutsche Antwort war ein Ausbund an Zynismus. Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg beschied alle ob der alarmierenden Eingabe des deutschen Botschafters eventuell Besorgten auf deutsch-kaiserlicher Seite mit den Worten: »Unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig, ob darüber Armenier zugrunde gehen oder nicht.«

Nach armenischen Angaben waren es etwa 1,5 Millionen Menschen, die ermordet wur-

den, verhungerten, an Krankheiten starben. Neutrale Historiker bestätigen dies überwiegend. Die Armenier wurden damals kollektiv der Parteinahme für den Kriegsgegner Russland bezichtigt.

Ankara besteht bis heute darauf, es habe sich lediglich um »Deportationen« mit höchstens 500 000 Toten gehandelt. Und es sei ja schließlich Krieg gewesen – ein Standpunkt, so unsäglich wie unannehmbar. Übrigens: Auch keine Bundesregierung hat je den Versuch einer Entschuldigung für Deutschlands damalige Haltung unternommen. roe

Seiten 2, 4 und 14

NSA forschte mit BND-Hilfe Verbündete aus

Untersuchungsausschuss deckt auf, was lange vermutet wurde – muss Geheimdienstchef gehen?

Das Kanzleramt bestätigt: Der US-Geheimdienst NSA hat offenbar über Jahre mit Wissen des Bundesnachrichtendienstes (BND) Ziele in Westeuropa und Deutschland ausgespäht.

Von René Heilig

Der BND war ein williges Werkzeug der NSA. Der US-Dienst lieferte offenbar seit mehr als zehn Jahren sogenannte Selektoren – also IP- und E-Mail-Adressen oder Handynummern – an den BND. Der speiste diese Suchkriterien noch einen Flughafen zu machen. Jetzt versteht man etwas besser, warum diese Atomverhandlungen so verdammt kompliziert sind. wh

Spätestens 2008 fiel BND-Mitarbeitern auf, dass Selektoren dem Aufgabenprofil des BND zuwiderlaufen und auch nicht vom »Memorandum of Agreement« abgedeckt sind, das der deutsche Auslandsgeheimdienst mit den NSA-Partnern 2002 zur gemeinsamen Terrorbekämpfung verabredet hat, behauptet der »Spiegel«.

Offenbar suchte die NSA gezielt nach Informationen etwa über den Rüstungskonzern EADS, Eurocopter oder französische Behörden. Auch Politiker sollen gezielt ausspioniert worden sein. Doch statt das vorgesetzte Kanzleramt zu alarmieren, half der BND den US-Partnern bei der Spionage gegen Westeuropa. Offenbar hatte man Sorge, sonst keine NSA-Informationen mehr zu bekommen.

Erst nach den Enthüllungen des ehemaligen NSA-Spions Edward Snowden befasste sich im Sommer 2013 eine BND-Abteilung gezielt mit den NSA-Suchbegriffen. Ergebnis: Rund 2000 der Selektoren verstießen eindeutig gegen die Norm. Nach einem vom NSA-Untersuchungsausschuss beschlossenen Beweisantrag beschäftigte sich der BND erneut mit dem Skandal, in den er verwickelt ist, und stellte fest: Bis zu 40 000 der von den USA erhaltenen 800 000 Selektoren sind gegen westeuropäische und deutsche In-

teressen gerichtet. Darüber wurde die vorgesetzte Behörde, das Kanzleramt, erst im März unterrichtet. Sagt dessen Chef, Peter Altmaier (CDU), der am Mittwochabend Mitglieder des Parla-

»... technische und organisatorische Defizite beim BND.«

Aus der Stellungnahme der Bundesregierung

mentarischen Kontrollgremiums und des NSA-Ausschusses unterrichtete. BND-Präsident Gerhard Schindler war dabei ausgeschlossen. Er wird nun vermutlich als Bauernopfer herhalten müssen.

Die mediale Stellungnahme der Bundesregierung ist betont knapp und inhaltsleer: »Im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht hat das Bundeskanzleramt technische und

organisatorische Defizite beim BND identifiziert. Das Bundeskanzleramt hat unverzüglich Weisung erteilt, diese zu beheben.« Es bleibe dabei: »Nach wie vor gibt es keine Hinweise auf eine massenhafte Ausspähung deutscher und europäischer Staatsbürger.«

Der NSA-Untersuchungsausschuss, der am Donnerstag planmäßig Schindlers Amtsvorgänger Ernst Uhlrau und einen Mann aus dem Kanzleramt geladen hatte, zog sich zu interner Beratung zurück – ohne Öffentlichkeit und ohne Vertreter der Bundesregierung. Danach kritisierte unter anderem die Obfrau der Linksfraktion Martina Renner, der Auslandsgeheimdienst führe »ein Eigenleben« und habe »ganz offensichtlich das Parlament und die Bundesregierung jahrelang über das Ausmaß und die Ziele der NSA-BND-Kooperation belogen«. Ihr Grünenkollege Konstantin von Notz findet bestätigt, »was wir lange vermutet haben«. Kommentar Seite 4

Seenotrettung und Bekämpfung von Schleusern geplant

EU-Gipfeltreffen in Brüssel zur Eindämmung des Flüchtlingssterbens

Berlin. Bei der Beisetzung von 23 Opfern des Flüchtlingsdramas im Mittelmeer wurde am Donnerstag in Malta der bis zu 950 Toten gedacht, die am Sonntag ums Leben gekommen waren. Am gleichen Tag trafen die EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel zu einem Gipfeltreffen zusammen, bei dem es um eine effektivere Seenotrettung und den Kampf gegen Schleuser gehen sollte. Auch über einen Einsatz der deutsche Marine wurde nachgedacht, in kürzester Zeit wären drei Schiffe für den Ausbau der Seenotrettungskapazitäten im Mittelmeer verfügbar, hieß es. In dem für das Brüsseler Treffen vorbereiteten Zehnpunkteplan werden auch Militäreinsätze gegen Schlepperbanden nicht ausgeschlossen. Diskutiert wurde über die Möglichkeit, Boote noch vor ihrem Einsatz als Fluchtfahrzeuge zu zerstören. Vorgesehen sind zudem mehr Hilfen für Ankunfts-länder und eine Kooperation mit afrikanischen Staaten. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon schrieb an den EU-Ratspräsidenten Donald Tusk, der den Sondergipfel einberufen hatte: »Wir haben alle eine moralische Verpflichtung, eilig zu handeln.«

Im Bundestag wurden am Donnerstag im Nachtragshaushalt für 2015 auch zusätzliche Mittel für Länder und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen. Auch die Unterbringung von Flüchtlingen soll erleichtert werden. nd/Agenturen

Seiten 5 und 7

Deutsche Panzer vor Bergen-Belsen

Jüdische Gemeinschaft will Gedenkstätte in Kaserne

Bergen-Belsen. Um eine Kaserne unweit des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen, die im Sommer 2015 von der britischen Rheinarmee aufgegeben wird, ist ein Konflikt um die Nachnutzung ausgebrochen. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) kündigte unlängst an, in Teilen der Kaserne ein Panzerbataillon stationieren zu wollen. Dies könnte aber den Wunsch der jüdischen Gemeinschaft durchkreuzen, die Gebäude als Gedenkstätte zu nutzen, wie dpa berichtet. Die ehemalige Wehrmacht-kaserne, die einst zum KZ gehörte, wurde bis 1950 als »Displaced Persons Camp« für bis zu 20 000 Holocaust-Überlebende genutzt. Der Ort galt vielen als Startpunkt für ein neues Leben in Israel.

Um der historischen Bedeutung gerecht zu werden, könne die Bundeswehr in der Kaserne ein historisches Schulungszentrum einrichten, schlug Menachem Rosensaft als juristischer Berater des Jüdischen Weltkongresses vor. Zwei Blöcke der Kaserne würde auch die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten gerne in die Arbeit der Gedenkstätte einbeziehen. Der zuständige Kommandeur der Bundeswehr, Oberst Jörg Wiederhold, stellte dies in Aussicht: »Wir setzen uns dafür ein, die beiden Gebäude zugänglich zu machen«, sagte er der dpa. nd/dpa

Lesen Sie morgen im wochen-nd

40 Jahre Drushba-Trasse: Als Kulturturnik im Diskomobil beim Bau der Erdgasleitung

Kinderkriegen ohne Altersgrenze: Reproduktionsmedizin vs. Natur

Historischer Händedruck: Raúl Castro und Barack Obama